

Realsatire
Geld zu verkaufen



Der Düsseldorf-er Parteienrechtler **Martin Morlok**, 65, über Skurrilitäten der Parteienfinanzierung

SPIEGEL: Die Satire-Partei „Die Partei“ verkauft Geldscheine, um zusätzliche Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu erhalten. Ist das nicht absurd?

Morlok: Absolut – aber damit wird nur eine Absurdität der derzeitigen Parteienfinanzierung auf die Spitze getrieben. Vorbild ist ja der Goldverkauf der AfD: Eine Partei, die relativ wenig durch Mitgliedsbeiträge und Spenden einnimmt, kann die staatlichen Fördermittel gar nicht voll ausschöpfen, weil deren Höhe die Eigeneinnahmen der Partei nicht übersteigen darf. Erhöht man also die eigenen Einnahmen, bekommt man mehr Fördergeld – so einfach ist das.

SPIEGEL: In einer ersten Aktion hat „Die Partei“ zum Beispiel für einen 50-Euro-Geldschein 55 Euro inklusive versichertem Versand verlangt und noch zwei Partei-Postkarten beigelegt. Verdient hat sie daran nur wenige Cent – müssten also nicht Einnahmen und Ausgaben miteinander verrechnet werden?

Morlok: Nein. Es kommt nur auf die Einnahmen an.

SPIEGEL: Und das geht auch, indem man Gold oder sogar Geld verkauft?

Morlok: Eigentlich ist der Sinn der Regelung, dass eine Partei nur so weit vom Staat alimentiert wird, wie sie auch in der Bevölkerung verankert ist. Ich meine, dass solche Geschäfte nicht dazu passen. Aber die Bundstagsverwaltung hat sich hier auf eine formale Position zurückgezogen und den Goldverkauf der AfD akzeptiert – dann kann für den Geldverkauf „Der Partei“ kaum etwas anderes gelten.

SPIEGEL: Demnächst will „Die Partei“ handsignierte Geldscheine verkaufen. Ginge selbst das?

Morlok: Ich bin gespannt, was die Bundstagsverwaltung dazu sagt. Bei rein formaler Betrachtung sind das jedenfalls Einnahmen.

SPIEGEL: Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) möchte, dass das Parteiengesetz geändert wird, um so etwas künftig auszuschließen.

Morlok: Dann sollte man aber auch andere Einnahmearten unter die Lupe nehmen, etwa die Einnahmen aus Unternehmensbeteiligungen. Eine Partei darf so etwas zwar sicher machen, aber ein möglicher unternehmerischer Erfolg sagt ja nichts über die Verankerung in der Bevölkerung aus. Interview: Dietmar Hipp

Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Griechische Dialektik



Was Hitler-Vergleiche angeht, sind wir jetzt immerhin ein Stück weiter. Bislang galt im politischen Geschäft die eiserne Regel: Hände weg von Hitler! An ihm kann man sich nur die Finger verbrennen. Die Politikerin, die das zuletzt erfahren hat, ist die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner.

Weil man ein Interview von ihr so auslegen konnte, als fände sie, dass der Hitlergruß zur Meinungsfreiheit gehöre, musste sie sich sagen lassen, wer so rede wie sie, handle „verharmlosend“ und „geschichtsvergessen“.

Pech für Klöckner, dass sie mit ihrem Hitlergruß-Satz nicht noch etwas gewartet hat. Seit die Spardiktatsgegner von der griechischen Linkspartei als die neuen Helden in Europa gelten, kann man sogar die Kanzlerin mit Hitler vergleichen, ohne dass dies zu größeren Verwerfungen führen würde. Die Herren in Athen schmeißen mit Nazi-Vergleichen nur so um sich, aber ich habe aus dem Lager der Klöckner-Kritiker weit und breit niemanden gehört, der dies für geschichtsvergessen oder verharmlosend hielt.

Ich finde, dass die Ähnlichkeit zwischen Hitler und Merkel nicht so groß ist. Hitler war viel jünger als Merkel. Außerdem hatte er weitaus schlechtere Nerven, wie man im „Untergang“ sehen konnte. Merkel würde nie so rumschreien, wenn die Dinge nicht so laufen, wie sie sich das gedacht hat. Vermutlich muss man Grieche sein, um trotzdem die Parallelen zu erkennen.

Dialektik ist die Kunst, auch Dinge, die unvereinbar erscheinen, so zu denken, dass sie zusammenpassen. Für Vertreter der Linken steht der Feind immer rechts, weshalb sie auch niemals auf die Idee kämen, jemanden wie Sigmar Gabriel mit Hitler zu vergleichen, obwohl das, was die Reizbarkeit in Krisensituationen angeht, viel näherläge. Dass die Syriza-Leute nun ausgerechnet die Rechtsradikalen von den „Unabhängigen Griechen“ in ihre Regierung geholt haben, ist auf den ersten Blick schwer verständlich, schließlich hätten sich auch andere als Partner angeboten, allen voran die griechischen Linkliberalen. Aber man muss die Dinge, wie gesagt, dialektisch sehen.

Dialektisch betrachtet sind die Rechtsradikalen gar keine richtigen Rechtsradikalen, sondern bestenfalls eine Art CSU, wie uns die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, nach der Regierungsbildung erklärte. Die Linke hat schon immer eine erstaunliche Flexibilität an den Tag gelegt, wenn es ihr dienlich erschien. Der Dialektiker Josef Stalin zum Beispiel wendete die Dinge so lange hin und her, bis kein Weg mehr daran vorbeiführte, mit Hitler persönlich das erste Links-rechts-Bündnis der Geschichte einzugehen.

Die Frage, die sich aus dem Rechtsschwenk der Linkspartei ergibt, ist jetzt, wie es mit der Abgrenzung zur AfD steht. Wenn die Unabhängigen Griechen so etwas wie die CSU sind, dann ist die AfD nicht mehr als ein rechter SPD-Ableger. Ich selber möchte keine Regierung haben, in der Herr Lucke für die Finanzpolitik zuständig ist. Aber vielleicht ist es an der Zeit, auch hier dialektisch zu denken.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Bundestag
Rot-rot-grüner
Versuchsballon

Bundestagsabgeordnete von SPD, Grünen und den Linken treiben eine engere inhaltliche Zusammenarbeit voran. In einem Sieben-Punkte-Plan empfehlen die Europa-Experten Axel Schäfer (SPD), Lisa Paus (Die Grünen) und Thomas Nord, Bundesschatzmeister der Linken, Erfahrungen aus dem Europawahlkampf zu nutzen und teilweise auch in den Bundestagsbetrieb zu übernehmen. So sollen bei der Europawahl 2019 wieder Spitzenkandidaten benannt

werden. Wer deutsches Mitglied der EU-Kommission werden will, sollte sich – wie bei Günther Oettinger 2009 und 2014 geschehen – vorab den Fragen des Europaausschusses im Bundestag stellen. Die drei Politiker plädieren zudem dafür, Ausschusssitzungen des Bundestags in der Regel öffentlich abzuhalten – wie es im Europäischen Parlament seit Langem der Fall ist. Vergleichbar zum Verfahren im EU-Parlament sollte außerdem der Präsident der Bundesbank vierteljährlich im Bundestag über seine Geld- und Währungspolitik informieren. kn